Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

19.4.1874 (No. 91)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 91. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. | Sonntag, 19. April | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

☞ Für die Monate Mai und Juni laden wir zu zahlreichem Abonnement ergebenst ein.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. April. (Nach der K. V. Z.)
(Fortsetzung.)

Abg. Richter (Hagen) fährt fort:

Aber, m. H., gestatten Sie mir nun, die Stellung meiner Partei zur vorliegenden Frage, zu den vorliegenden Anträgen so knapp zu kennzeichnen, wie es mir in der gegenwärtigen Situation allein noch angemessen erscheint. M. H., meine Zweifel darüber, ob es nöthig oder auch nützlich sei, die Dienstzeit der Infanterie um mehrere Monate zu verlängern und damit eine Erhöhung des Präsenzstandes um 35,000 Mann herbeizuführen, diese meine Zweifel, welche ich Ihnen in der ersten Berathung ausführlich darzulegen Gelegenheit hatte, sind auch heute noch nicht gehoben, um so weniger als anderseits die Einnahmen des Reiches ein stetiges Sinken zeigen. Ich kann es auch heute noch nicht fassen, warum alle Ersparungen, die seit zwölf Jahren aus eigener Initiative der Militärverwaltung bald in größerm, bald in geringerm Umfange eingetreten sind, Ersparungen, die uns nicht gehindert haben, drei glorreiche Kriege zu führen, warum die vom Jahre 1875 ab durchaus unzulässig sein sollen. Indessen, m. H., ich sage: „darin, ob einige tausend Mann mehr oder einige tausend Mann weniger, ob einige Monate Dienstzeit mehr, uns einige Millionen Thaler mehr kosten, darin liegt kein politisches Princip; das ist für mich eine Budgetfrage, eine Zifferfrage wie jede andere, und wenn die Regierung diese Frage, wie sie es in der letzten Zeit gethan hat, mit ihrer politischen Verantwortlichkeit in Verbindung bringt, dann kommen auch wir zu der Schlußfolgerung, daß die Meinungsverschiedenheit weder nach ihrer Größe noch nach ihrer Natur geeignet ist, in der gegenwärtigen politischen Situation politische Gegensätze zum Austrage zu bringen. Auch das will ich Ihnen offen sagen: nicht der letzte Punkt der Erwägungen, die uns hierbei bestimmen, ist auch der, daß die Regierung gegenwärtig nach einer andern Seite in einem Kampfe begriffen ist, den sie nicht gesucht hat, sondern der ihr aufgezwungen worden ist.

Wenn wir in dieser Weise also für die budgetmäßige Zeit die Bewilligung von 384,000 oder 401,000 Mann zugestehen — und unser Antrag hat den Zweck, dies vor aller Welt deutlich zu documentiren — so können wir uns auch nicht verhehlen, daß die Situation sich in den folgenden Jahren in ähnlicher Weise erhalten kann, und daß wir dann in ähnlicher Weise auch dahin kommen können, für die einzelnen folgenden Budget-Perioden eine solche Bewilligung eintreten zu lassen. Das kann aber für uns noch kein Grund sein, heute eine über die nächste Budget-Periode hinausgehende formelle Bewilligung eintreten zu lassen. Aus sachlichen Gründen sehen wir deßhalb dazu keine Veranlassung, weil, wie ich schon bei der ersten Lesung auseinandersetzte, uns eine solche Festsetzung der Heerespräsenz auf längere Zeit durch das Institut der allgemeinen Wehrpflicht nicht geboten erschien. Das erste Gesetz, das die Wehrpflicht in Preußen einführte, dasjenige von 1814, bestimmte, daß die Stärke des Heeres sich nach den jeweiligen Staatsverhältnissen richten müsse; dies Gesetz ist aus der eigensten, unbeschränktesten Initiative des Königs hervorgegangen. Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß die Präsenzstärke von Jahr zu Jahr eine verschiedene gewesen ist. M. H., wie wir aus innern Gründen keine Veranlassung finden, die Präsenzstärke auf längere Zeit im Voraus formell bindend festzusetzen, so verlangen auch äußere Gründe dies nicht, insbesondere auch nicht die Situation des Auslandes. Dem Auslande imponirt man allerdings dadurch, daß man eine Anzahl von Cadres und eine Anzahl von Mannschaften präsent hält. Die Frage aber wie die gesetzgebenden Factoren sich unter einander in Bezug auf diese Festsetzungen verhalten, ist eine Frage, die nur das Inland interessirt, es sei denn, daß man das Reich für so wenig gestärkt, das deutsche Volk für so wenig geeignet hält, wie es seitens des Abg. v. Bennigsen der Fall zu sein scheint. Der Hr. Abg. v. Bennigsen hat gestern freilich bemerkt, daß in diesem Hause große Worte geführt würden, welche zum Inhalte hätten, daß alles, was das Jahr 1866 geschaffen, ein Irrthum gewesen, und alles, was das Jahr 1870 geschaffen, nur ein Fehler sei. Nun, m. H., ich weiß nicht, ob der Hr. Abg. v. Bennigsen dabei an den Hrn. Abg. Ewald, oder vielleicht an einige der Herren Socialdemokraten gedacht hat, ich muß gestehen, der Reichstag hat diese großen Worte bisher gelassen angehört, und wir sind, wenn wir die Herren auftreten sahen, dabei nichts weniger als wie in furchtsame Stimmung gerathen; ich habe bisher nicht geahnt, daß die Reden dieser Herren auf das Gemüth des Herrn Abg. v. Bennigsen einen solchen Eindruck gemacht haben, um aus ihnen staatsrechtliche Consequenzen von dieser großen Tragweite zu ziehen. (Sehr gut! links.)

Der Herr Berichterstatter der Commission hat mit großem Recht angeführt, daß der Reichstag sich in dieser Frage nicht nach dem Beispiel anderer Nationen zu richten habe, sondern daß das deutsche Volk, wie es in diesen militärischen Fragen gegenwärtig die erste Autorität der Welt sei, aus seiner eigenen Brust heraus die Entscheidung finden müsse, und sich auch nicht nach dem Beispiel anderer Nationen des 19. Jahrhunderts zu richten habe. Damit hat der Herr Berichterstatter in der That die Meinung der Commission treu wiedergegeben. Um so mehr hat es mich befremdet, daß Herr von Bennigsen, der Vorsitzende der Commission, für seine Deductionen zurückgegangen ist auf einen vor 2000 Jahren bestandenen Staat. Wenn ich auch anerkenne, daß in manchen privatrechtlichen Gebieten die damaligen Normen noch heute ihre Geltung haben, so hat es mich doch befremdet, daß man aus dem Staatsrecht eines Staates, der die Sclaverei zu seiner Voraussetzung hatte und der durch den Cäsarismus schmählich zu Grunde gegangen ist — daß man aus diesem Staatsrecht Analogien für das deutsche Reich herleiten zu dürfen glaubt. (Bravo! auf verschiedenen Seiten.) Bei diesem Punkte hat das hohe rhetorische Geschick, welches Hrn. v. Bennigsen ja sonst eigen zu sein pflegt, ihn offenbar für den Augenblick im Stiche gelassen.

Der Herr Abg. v. Bennigsen hat seinen Vorschlag aus den Erfahrungen des Pauschquantums zu motiviren gesucht. Nun, m. H., ich nehme umgekehrt gegen sein Amendement die Erfahrungen des Pauschquantums zu Hülfe. Der Hr. v. Bennigsen hat behauptet, das Pauschquantum habe sich als eine wohlthätige und heilsame Maßregel erwiesen. Nun, m. H., da muß ich den Herrn Abg. v. Bennigsen doch ersuchen, sich zunächst mit dem Herrn Abg. Lasker auseinander zu setzen, welcher in der ersten Lesung des Militärgesetzes ausdrücklich erklärte, daß er die Verlängerung des Pauschquantums im Jahre 1871 für einen großen Fehler erachte, wie dies durch die Erfahrungen, die wir seitdem gemacht, nachgewiesen sei. Meine Herren, das allerdings ist auch meine Ueberzeugung. Ich sehe dabei von den ökonomischen Wirkungen des Pauschquantums noch gänzlich ab. Ich behaupte: wenn wir das Pauschquantum nicht gehabt hätten, so würde der Militär-Etat in derselben ruhigen, sachlichen Weise hier in diesem Hause behandelt worden sein, wie so viele große und wichtige Finanzgesetze, die nicht entfernt mit dem Militär-Etat zu vergleichen sind, und die einer Kritik einen viel größeren Spielraum gewährt haben, in dieser Zeit behandelt worden sind. Glauben Sie doch nicht, daß solche Festsetzungen eine Schranke gegen die Opposition sind. Wenn der Zeitpunkt jemals eintreten sollte, was ich nicht annehmen kann, daß diejenigen subversiven Elemente, die der Hr. Abg. v. Bennigsen andeutete, in diesem Reichstage wirklich auch das maßgebende Wort zu sprechen hätten, nun, m. H., glauben Sie doch nicht, daß die Majorität dann vor diesem Amendement des Herrn Abg. v. Bennigsen in die Kniee sinken wird. Nein, diese Majorität wird dann das Recht gebrauchen, was ihr auch dieser §. 1 übrig läßt, sie wird keinen Anstand nehmen, den Etat im Ganzen zu verwerfen, und dann kann sich Niemand mehr auf den §. 1 gegen die Majorität berufen. Eine schrittweise, systematisch vorgehende Opposition aber wird durch solche Festsetzungen nur gefährlicher, denn solche Festsetzungen geben ihr einen Vorwand zum Agitiren, ohne daß sie sofort aus dieser Agitation die praktischen Consequenzen zu ziehen braucht (Sehr wahr! links), und dann entladet sich die bis dahin zurückgehaltene Opposition desto gefährlicher und desto wirksamer beim Ablauf des Provisoriums.

M. H., was solche mehrjährigen Festsetzungen verhindern, das ist die ruhige, sachliche Berathung des Militär-Etats von Jahr zu Jahr. Daran aber hat gerade die conservative Partei und die Regierung das größte Interesse, denn diese Berathungen haben wesentlich auch den Zweck, im Volke das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß eine solche starke Armee wirklich nothwendig ist. Wenn diese Berathungen nicht stattfinden, so wird in dem Bewußtsein des Volkes diese Nothwendigkeit in dem Maß verschwinden, als die Erinnerungen an den Krieg im Gedächtniß zurücktreten und als die Zeiten friedlicher werden, und, was noch schlimmer ist, die Regierung wird die Sicherheit verlieren, ob sie sich in den Anforderungen der Executive im Einklang befindet mit dem Bewußtsein des Volkes. Das ist es ja gerade, diese Unsicherheit bei der Regierung, ob sie in Einklang mit dem dauernden Bewußtsein des Volkes mit dieser Forderung sich befindet. Aus diesem Gefühl der Unsicherheit heraus ist der §. 1 entstanden, und daher ist meine innerste Ueberzeugung: Niemand anders ist der wirkliche, wenn auch unabsichtliche Urheber der heutigen Krisis als gerade der Herr Abg. v. Bennigsen, der im Jahre 1871 mit seinen nächsten politischen Freunden die Entscheidung dafür gegeben hat, das Pauschquantum zu verlängern und eine jährlich wiederkehrende, ordentliche, ruhige Berathung des Militär-Etats zu verhindern. Wenn der Herr Abg. von Bennigsen uns damit tröstet, daß ja doch im Uebrigen das Budgetrecht erhalten bleibe, daß eine wirksame Etatsberathung ja noch übrig sei, und daß es Uebertreibung sei, wenn man den Werth dieses Budgetrechts herunterset̀ze, so muß ich den Herrn Abg. v. Bennigsen wiederum bitten — er wandte sich dabei sehr scharf gegen die Fortschrittspartei — bevor er dergleichen wieder thut, sich immer erst mit seinem Freunde Lasker auseinanderzusetzen. Meine Ansichten über den Werth des übrig bleibenden Budgetrechts decken sich ganz mit denen des Herrn Abg. Lasker, und Herr Lasker hat in der ersten Lesung des Militär-Etats ausdrücklich erklärt: „Wenn also der wirkliche und wahre Kern des Budgetrechts in der Frage liegt, wie viele Mannschaften und wie lange sie bei der Fahne gehalten werden, so glaube ich, daß viel schlimmer als vollständig absolute Herrschaft die ist, wenn Sie den Reichstag auf eine Kritik der Posten beschränken, welche loyaler Weise nicht gut beanstandet werden können, und bei denen wir mehr oder weniger die Calculatoren oder die Rechencontroleure zu spielen bestimmt sind."

Wenn der Herr Abg. v. Bennigsen bemerkt hat: die Preise ständen ja für das Budget noch nicht unveränderlich fest — er hat vielleicht an die schwankenden Futterpreise gedacht —, so hat auch der Herr Abg. Lasker diese Behauptung vorgesehen und in der ersten Berathung gesagt: daß man bei Anschaffung der Stoffe und Nahrungsmittel weit besser Handwerker und Kaufleute als Sachverständige berufe, um mitzutheilen, wie theuer wohl die Preise für die nächste Zukunft zu schätzen seien. (Heiterkeit.)

Es ist ja richtig, daß es auch möglich sein wird, die Frage des Heeresaufwandes der Präsenzstärke im Allgemeinen beispielsweise bei der Frage der Anschaffung eines neuen Tornisters in den nächsten Jahren mit zu erörtern. Aber wenn da die Opposition eintritt, und der Art an die falsche Stelle verlegt wird, glauben Sie denn, daß das nützlich für eine ruhige, sachliche Behandlung des Militär Etats wirken wird; glauben Sie, daß es dazu beitragen wird, nach Ablauf des Provisoriums allen Seiten klar zu stellen, daß wir reif sind, in ordentliche Verhältnisse in Bezug auf die Präsenzstärke einzutreten? Nein, m. H., die Tröstung, die in dieser Beziehung Herr v. Bennigsen ausgesprochen hat, und die er schon, als er vor vier und sieben Jahren das Pauschquantum motivirte, ebenso ausgesprochen hat, die haben von vornherein auf mich wenig Wirkung geübt. Wenn sie Wirkung geübt hätte, so wäre diese vollständig verflogen durch die abweisende Erklärung des Herrn Kriegsministers v. Kameke, der es geradezu aussprach, daß nach sieben Jahren die Frage, welche die heutige Krisis hervorgerufen hat, dann wieder eintreten werde. Die Frage der dauernden Bewilligung hat also heute noch durchaus nicht ihren Abschluß gefunden. Und die Worte des Herrn v. Kameke haben schon heute ihr Echo gefunden in der Erklärung des Herrn Grafen Bethusy. Meine Herren, das ist ja das Unheilvolle, daß, wenn erst ein solches Stück Absolutismus in unserem Verfassungskörper drin steckt, diese Wunde krebsartig weiter frißt (Sehr wahr! links), und nicht geheilt werden kann ohne Operationen, welche den ganzen Organismus zu gefährden drohen. Meine Herren, ich sehe daher umgekehrt in diesem Amendement Bennigsen nicht eine Beilegung des Conflictes, sondern eine Gefahr für einen künftigen Conflict und zwar für Conflicte nicht bloß auf dem Gebiete des Militärwesens, sondern auch auf andern Gebieten. Glauben Sie wirklich, daß, wenn Sie in der wichtigsten Staatsfrage die Verwaltung vollständig unabhängig stellen von der Mitwirkung des Reichstages, daß dann die Regierung geneigter sein wird, in andern Fragen mehr den entgegenstehenden Ansichten des Reichstages sich zu fügen? Wir werden ja die Probe darauf bei dem Preßgesetz sehr bald machen können; vielleicht daß die versöhnliche Stimmung, die sich ja immer am Ende eines solchen Streites einzufinden pflegt, uns über die Schwierigkeiten hinweghilft, aber auch dann, fürchte ich, werden uns in einer folgenden Session bittere Erfahrungen nicht erspart.

Meine Herren! Was ist es denn eigentlich, was immer den Ruf hervorruft, es steht ein Conflict bevor, — was diese schwüle Situation erzeugt? Es ist doch nur der Umstand, daß unsere Reichsverwaltung aus den Anschauungen des Absolutismus noch nicht völlig heraus ist, und daß sie glaubt, zu Noth auch ohne den Reichstag regieren zu können, eine Politik gegen den Reichstag führen zu können. (Sehr wahr! links.) Und mit jedem Zugeständniß eines Rechtes an die Regierung, mit jeder Aufgabe eines Rechtes bekräftigt man die Regierung nur in diesem Glauben, löst man eines der Bänder, welches verhindert, daß der über uns schwebende Conflict herabkommt. Ich weiß nicht, welche dem deutschen Volke antipathische Persönlichkeit etwa eine erschreckte Phantasie in diesem Augenblicke als den eventuellen Nachfolger des Reichskanzlers sich an die Wand malt, allein das muß ich doch sagen: Wenn man wirklich an eine solche Eventualität glaubt, so ermöglicht man doch mit jedem Recht, welches der Reichstag aufgibt, es mehr und mehr, daß diese Eventualität in die Wirklichkeit tritt, daß sie Fuß fassen kann. (Sehr richtig! links.)

M. H., ich gebe nun zu, es liegt ein wesentlicher Unterschied darin, ob man eine solche Bewilligung eintreten läßt auf wenige Jahre oder bis zu sieben Jahren. Mit der Zahl der Jahre mehren sich die Gefahren. Ein starker principieller Strich aber ist für uns gezogen, sobald diese Bewilligung hinausgehen soll über unser eigenes Mandat. Meine Herren, ich weiß sehr wohl, daß wir ja alle Tage Gesetze machen, deren Wirkung auch hinausgeht über unser Mandat, aber der Unterschied ist ja ein zweifacher. Wenn wir solche gesetzliche Regelung treffen, so sind wir uns bewußt, daß wir damit Verhältnisse regeln, die wirklich eine dauernde Regelung erheischen, die nicht auf veränderlichen Factoren beruhen; und zweitens sind wir uns bewußt, daß die Regelung, welche wir treffen, in Uebereinstimmung mit dem geeeiften dauernden Volksbewußtsein geschieht. Ist dies hier aber auch der Fall? Nein, meine Herren, der §. 1 der Regierungs-Vorlage ist umgekehrt entstanden; nicht aus dem Bewußtsein der Uebereinstimmung der Anforderung der Executive mit dem Volksbewußtsein für die Dauer, sondern aus dem Mißtrauen gegen dieses Volksbewußtsein in der Zukunft. (Sehr wahr! links.) (Ruf rechts: Verfassung!) Die Verfassung will eben dem Volksbewußtsein in der Gesetzgebung zum Ausdruck verhelfen; wenn Sie glauben, daß sie dies nicht bewirkt, so ändern Sie die Verfassung selbst, machen Sie aber nicht solche Gesetze! Meine Herren, dieser §. 1 ist nicht die Forderung eines Mißtrauensvotums für die Regierung, sondern die Forderung eines Mißtrauensvotums gegen das deutsche Volk! (Sehr wahr! links.) Es ist ein Vorbehalt des Absolutismus gegen das parlamentarische Regierungs-System in militärischen Angelegenheiten. (Bravo! links.)

Nun, meine Herren, bin ich mir wohl bewußt, daß ein großer Unterschied zwischen dem Amendement Bennigsen und dem §. 1 der Regierungsvorlage ist und weil wir den verbessernden Charakter dieses Amendementdts gegenüber der Regierungsvorlage nicht bestreiten, so werden wir auch in einer eventuellen Vorabstimmung für dieses Amendement

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

stimmen. (Hört! hört!) Meine Herren, immerhin enthält dieses Amendement gewisse Concessionen an Anschauungen, die den unserigen diametral gegenüberstehen. Meine Herren! Ich weiß sehr wohl, daß die Unterzeichnung dieses Amendements nicht allen Mitgliedern der nationalliberalen Partei so leicht geworden ist, wie es anscheinend bei Hrn. v. Bennigsen der Fall gewesen ist. Ich glaube annehmen zu können, daß bei manchen dieser Mitglieder ein schwerer, innerer Kampf der Unterzeichnung vorgegangen ist. Aber, m. H., wenn Sie ein solches Opfer bringen zu müssen glauben mit Rücksicht auf die fortgesetzte Amtsdauer des zeitigen Reichskanzlers, so sage ich, die Amtsdauer des Herrn Reichskanzlers liegt nicht in unserem Willen allein, sie liegt auch nicht allein im menschlichen Willen, und wenn man auch heute dieser Fortsetzung der Amtsdauer ein solches Opfer bringt, wer bürgt uns dafür, daß nicht alsbald aus eben so wenig mit der Sache zusammenhängenden Gründen ein ferneres Opfer gefordert wird? Wer bürgt uns dafür, daß nicht fortgesetzt der constitutionelle Boden, auf dem unseres Erachtens allein eine friedliche Entwickelung des Reiches möglich ist, uns entzogen wird, und daß mehr und mehr der Anker gelockert wird, auf dem nach unserer festen Ueberzeugung das deutsche Kaiserthum allein im Stande ist, den Stürmen des 19. Jahrhunderts zu trotzen, der Anker, der felsenfest ruhen muß, im Vertrauen zum deutschen Volk unter allen und jeden Verhältnissen, zu allen und jeden Zeiten! (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. v. Maltzahn-Gültz führt aus, daß seine Partei, die conservative, eigentlich nur für die Regierungsvorlage stimmen wolle, da sie den Standpunkt, den die Regierung in dieser Frage einnimmt, für den allein richtigen halte; nachdem der Kaiser, als oberster Kriegsherr sich aber mit dem Provisorium ebenfalls einverstanden erklärt habe, liege für sie kein Grund vor, sich gegen dasselbe zu erklären und deshalb werde sie für das Amendement Bennigsen stimmen.

Abg. Hasenclever. Es kommt mir so vor, als ob man die ominöse Zahl 7 aus Rücksicht auf Frankreich in das Gesetz hineinbringen will, um die Mac-Mahon'sche Kriegsregierung befestigen zu wollen. Im Uebrigen finde ich zwischen der Regierungsvorlage und dem Antrage Bennigsen keinen wesentlichen Unterschied; denn ich weiß, daß, wenn eine conservative Regierung eine solche Friedenspräsenzstärke ein Mal hat, es dem Reichstag nach sieben Jahren nicht gelingen wird, von dieser Friedenpräsenz auch nur Einen Mann zu streichen. Mit Kanonen beseitigt man aber keine Idee, und deßhalb fürchten wir uns auch eben so wenig vor den Drohungen des Hrn. v. Bennigsen, als wir uns vor dem Knüppel des Hrn. Lasker gefürchtet haben, den derselbe in den Reichstag gebracht hatte. (Heiterkeit.) Wer es aufrichtig mit dem Volkswohle meint, der muß sich gegen die stehenden Heere erklären. Die Arbeiterklasse Deutschlands ist keineswegs von Furcht durchdrungen, von der Nachbarbevölkerung verschlungen zu werden; denn sie fühlt die Kraft in sich, jeden Feind zurückzuschlagen, der es wagen sollte, Deutschlands Grenzen schmälern zu wollen. Ich will Ihnen nicht empfehlen, für unseren Antrag zu stimmen (Große Heiterkeit), ich weiß, daß derselbe fallen wird, aber wir haben den Antrag gestellt, um von dieser Stelle aus zu erklären, daß in Deutschland noch nicht alle Personen der Art kriegslustig sind, wie es außerhalb Deutschlands geglaubt wird.

Reg.-Comm. Generalmajor v. Voigts-Rheetz. Die Regierung ist der Ansicht, daß eine jährliche Feststellung des Militär-Etats zu den unliebsamsten Debatten führen würde, was anderseits wieder demoralisirend auf die Armee wirken müßte. Allerdings liegt in der Bewilligung eines Pauschquantums eine außergewöhnliche Beschränkung des Budgetrechtes, was bei der Feststellung der Präsenzstärke durchaus nicht der Fall ist. Es ist vielfach ausgesprochen, daß die Anlage der Gelder für Kriegszwecke eine unproductive sei. Das ist nach der einen Seite hin wohl richtig, relativ ist diese Anlage aber doch eine productive. Zudem kommt es doch hauptsächlich darauf an, wie die Belastung des Landes durch den Militär-Etat sich zu der Belastung anderer Länder ausnimmt und da können Sie der Regierung — Redner vergleicht die Ausgaben mit denen anderer Länder — die Anerkennung nicht versagen, daß sie sich auf das Allernothwendigste zu beschränken weiß. Es ist von der Möglichkeit einer Friedens-Aera die Rede gewesen. Eine solche kann allerdings eintreten, aber Procura darauf zu geben, ist wohl Niemand im Stande. Immerhin aber, m. H., können wir die aus der Vergangenheit geschöpften Erfahrungen nicht unberücksichtigt lassen und namentlich dürfen wir nicht verkennen, daß fast alle Kriege, welche wir zu führen gehabt haben, Vertheidigungskriege gewesen sind. Wir haben eine solche Eventualität auch heute stets in's Auge zu fassen, denn Frankreich wird einen zweiten und einen dritten Krieg vorbereiten, und wenn es Deutschland schwach findet, so wird es auch seine Freunde finden. Deutschland ist heute noch nicht stark und geeint genug, um schon Niederlagen ertragen zu können. Es muß siegen, und dazu braucht es eine starke Armee. Die Tüchtigkeit einer Armee besteht in der Schnelligkeit, mit der sie mobil gemacht werden kann, in ihrer guten Bewaffnung und in der Ausbildung der Soldaten. Wir brauchen eine starke Armee, so schließt Redner, um eine kräftige Politik zu treiben; wir brauchen eine gefürchtete Armee, um den Frieden zu erhalten. Sie werden dies nicht erreichen, wenn Sie die Armee in ihrem Bestande vermindern.

Abg. v. Treitschke dankt der conservativen Partei, daß sie ihren Widerstand gegen das erneute Provisorium aufgegeben und entschlossen sei, den Antrag Bennigsen zu unterstützen. Auch ihm sei es anfangs schwer geworden, auf denselben einzugehen; seine Bedenken seien aber gefallen, seitdem die Abgg. Reichensperger und Richter mit solchem Eifer gegen den Antrag gesprochen. Man habe erklärt, daß es gar keine Partei gebe, welche die Grundlage des deutschen Reiches zu gefährden beabsichtige. Er wolle nun von einer Partei innerhalb des deutschen Reiches gar nicht sprechen, um den Streit nicht noch zu verbittern, aber er müsse an einen Ausspruch erinnern. Wer war es denn, der gesprochen hat, es werde sich bald ein Steinchen vom Berge lösen und den deutschen Koloß zerschmettern? (Rufe: Oho! im Centrum.) Was ferner die Wahrung des Budgetrechtes anlange, so werde die liberale Partei dasselbe sich gewiß nicht verkümmern lassen, sie werde ihren Ansprüchen gewiß nach sieben Jahren ebenso Geltung zu verschaffen wissen. Redner spricht von seinem Standpunkte für eine Verständigung mit der Regierung und wendet sich in seinen weiteren Ausführungen namentlich gegen die Fortschrittspartei, der er den Vorwurf des Hochmuthes macht, (welcher Ausdruck vom Präsidenten gerügt wird), bleibt aber auf der Journalistentribüne im Zusammenhange vollständig unverständlich.

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. Zugleich zeigt der Präsident an, daß drei namentliche Abstimmungen über die Amendements v. Bennigsen und v. Mallinckrodt, sowie über den §. 1 im Ganzen beantragt sind.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

Karlsruhe, 17. April. Der Staatsanzeiger Nr. 16. vom 16. d. M. enthält (außer Personalnachrichten):

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. Bekanntmachungen des Ministeriums der Finanzen: die erste diesjährige Gewinnziehung des Lotterieanlehens der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse zu 14 Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

[] **Karlsruhe**, 16. April. Bemerkenswerth ist ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" von vorgestern, aus welchem man ersieht, daß das Militärgesetz in engem Zusammenhang mit der Kirchenpolitik der Regierung gestanden hat. Letztere wäre, wird in dem officiösen Blatte versichert, bei dem Nichtzustandekommen des Compromisses beziehungsweise bei einer Auflösung des Reichstages in hohe Gefahr gerathen. Aus diesem Grunde würde aber auch der Reichskanzler die Auflösung nicht contrasignirt haben, — „die Maßregel hätte", wie die „Kölnische Zeitung" versichert, „unter den Auspicien seines Nachfolgers stattfinden müssen."

◎ **Aus der Baar.** Dem Vernehmen nach soll für den ganzen Amtsbezirk Donaueschingen auf Anregung der Herren Kirsner und Wallau ein liberaler Verein gegründet und sollen in den einzelnen Gemeinden Listen aufgelegt werden zur Unterzeichnung der Mitglieder. Näheres über den Zweck ist noch nicht bekannt geworden. Soll vielleicht dem Altkatholicismus auf die Beine geholfen werden und dieser unter der Firma „liberaler Verein" von den Todten auferstehen? Wir werden sehen, ob die Katholiken von der Baar sich vom Liberalismus fangen lassen. Das Donaueschinger Wochenblatt (vom 11. April d. J. Nr. 44) berichtet einstweilen nur, daß gelegentlich einer Versammlung des Verbandausschusses der Waisen- und Sparkasse am 7. April an den Reichskanzler ein Telegramm abgesandt wurde und daß Fürst Bismarck dem Herrn Kirsner und den Herrn Bürgermeistern des Amtsbezirks verbindlichen Dank sagte. Zum Ueberflusse bemerkt das W. Bl., daß die huldvollen Worte den Bürgermeistern und den Bewohnern des ganzen Bezirks zur hohen Freude gereichen werden. „Mit Recht dürften sie auf diese Ehre stolz sein." Klingt das nicht etwas servil? Weiter hört man auch davon sprechen, daß noch mehrere liberale Versammlungen in der Baar abgehalten und Reden gethan werden sollen. So kann's nun auch bei uns einmal lebendig werden, namentlich wenn Hr. Hosemann kommt, der schon an der Grenze der Baar angekommen ist. Die „Freie Stimme" hat kürzlich diesen Herrn als geborenen Bayer und Benediktiner auf die histor. pol. Blätter v. J. 1873 verwiesen, welche mit hunderten von Beispielen darthun, daß die Unfehlbarkeit eine alte Lehre gerade im Lande Bayern und bei den Benediktinern sei; wir haben aber noch nichts davon gehört, daß Hr. Hosemann sich darauf eingelassen habe, dies zu widersprechen, vielmehr reist er immer in der Nähe herum und predigt gegen die „neue Lehre." Hat etwa Einer der Herren Altkatholiken die Artikel „Beiträge des Ultramontanismus in Bayern" (hist. pol. Bl. 1873) wirklich gelesen und gründlich widerlegt und wo? Wir wären doch sehr begierig.

☾ **Vom Schwarzwald**, 17. April. Letzten Sonntag fand eine Versammlung in Bregenbach (Fischer) statt zur Besprechung wegen einer Eisenbahn von Furtwangen über Vöhrenbach nach Donaueschingen. Das Terrain soll hiezu sehr günstig sein. Man erwartet die Geneigtheit der Regierung, diesem Landestheil freundlich entgegenzukommen. Wie bei allen solchen Anlässen herrschte eine gehobene Stimmung, mögen die Hoffnungen erfüllt werden!

∴ **Aus Baden**, 18. Apr. Hr. Lasker hat wiederum bewiesen, daß er wohl vielen guten Willen und auch viele Einsicht besitzt, aber nicht hinlängliche Festigkeit, wenn es gilt, mit voller Kraft einzutreten. Gewonnen hat sicher keine Partei, in militärischen Kreisen ist man keineswegs befriediget, man wollte Alles! Ob das deutsche Reich viele Jahre die große Militärlast bestreiten kann, wird verschieden beurtheilt; wenn Handel und Gewerbe blühen wie 1872, bleibt kein Zweifel, in den jetzigen Verhältnissen möchte es allerdings schwer sein. Unerklärlich bleibt es allerdings Vielen, daß so wenige Jahre schon nach solchen glänzenden Erfolgen dieser Geldmangel, diese Stockung in allen Geschäften herrscht, es wäre interessant, die Gründe von sachkundigen Seiten darzulegen. Die „Gründer" können doch nicht alles allein verschuldet haben, es muß doch wohl auch sonst noch Vieles gesündigt worden sein.

● **Vom Oberrhein.** Als die berühmte Isabella, die „katholische" Königin, tödtlich erkrankt war, sagte der nach der iberischen Halbinsel gekommene italienische Fürst Prosper Colonna zu Ferdinand: „Ich bin nach Spanien gekommen, um die Frau zu sehen, welche selbst vom Krankenbette aus die Welt regiere." Wenn Fürst Bismarck von seiner Krankenstube aus auch nicht die Welt regiert, so gelang ihm doch ein großer Wurf; die Herstellung eines militärischen Septennates durch die Annahme des Compromisses. Der Prometheus des constitutionellen Budgetrechts ist an das Felsenkreuz einer faktischen Dictatur angenagelt. Wann und ob der befreiende Herkules kommt, wissen die Götter. Noch Eines gelang ihm. Was er im Landtag bei der Berathung des Schulaufsichtsgesetzes vergeblich mit dem Centrum versuchte, erreichte er bei der Fortschrittspartei, — dieselbe ist gesprengt. Schon im Jahr 1866 und noch mehr in neuester Zeit leistet sie im Abfall von ihrem berühmten Führer Waldeck für die Ausnahmegesetze gegen die Jesuiten und die Kirche überhaupt wenig rühmenswerthe Handlangerdienste, dabei die geschichtlich hundertfach bestätigte Wahrheit vergessend, daß alle Rechte und Freiheiten solidarisch seien.

∴ **Vom Rhein**, 15. April. Das neueste „Correspondenzblatt" der kath. Studentenvereine Deutschlands ergibt folgende Ziffern: Im Ganzen hatten die verbündeten Vereine einen Activbestand von 345 Mitgliedern. Davon kommen 253 auf Preußen, 65 auf Bayern, 8 auf Baden, 6 auf Oldenburg, 4 auf Oesterreich, 4 auf die Schweiz, 3 auf Hessen und 2 auf Braunschweig. — Diese Uebersicht enthält gewiß viel Erfreuliches. Allein es ist nicht recht einzusehen, wie es kommt, daß im Verhältniß zu 6 Studirenden aus dem kleinen Oldenburg, Baden — zu fast ⅔ katholisch — sich mit dem geringen Contingent von 8 Mann begnügt hat. Auch die Thatsache, daß in dem kath. Studentenvereine zu Heidelberg sich unter 16 Mitgliedern nur 4 Badener befanden, dürfte Manches zu denken geben.

√ **Biberach**, Württemberg. Am 13. d. M. erfreute sich die hiesige Frauenarbeitsschule einer eingehenden Visitation und Prüfung von Seite der hohen königl. Centralstelle für Gewerbe und Handel unter großer Betheiligung der hochw. Geistlichkeit, der Eltern der Zöglinge und sonstiger Gäste von Stadt und Land. Die öffentlich ausgesprochene Anerkennung von Seiten des Herrn Regierungsraths Vischer war eine durchaus lobende und fand sich auch der Vater eines Zöglings veranlaßt, seinen Dank dem Lehrersenat im Namen sämmtlicher Eltern auszusprechen, so daß diese Prüfung zum eigentlichen Feste der Anstalt wurde. Ebenso erregte die mit der Prüfung verbundene Ausstellung der von den Zöglingen gefertigten Arbeiten allgemeinen Beifall und Bewunderung.

München, 14. April. Wie die „Nordd. Allg. Ztg." als authentisch erfährt, ist die Uebersiedelung der „Allgemeinen Zeitung" von Augsburg nach Stuttgart eine beschlossene Sache, doch wird diese Transferirung nicht vor Schluß des laufenden Jahres stattfinden. Motivirt ist dieser Beschluß durch die ungünstige Lage Augsburgs im Bahnverkehr.

Koblenz, 11. April. Gestern Nachmittag erschoß sich hier ein junger Officier der hiesigen Garnison. Motive zum Selbstmord sind der „Kobl. Z." nicht bekannt.

Berlin, 15. April. Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst hat schon mit vielen Musterleistungen parlamentarischer Ungeschicklichkeit die „reichsfreundlichen" Parteien dafür gestraft, daß sie sich bei der Präsidentenwahl von leidigen Etiquetterücksichten leiten ließen und gegen alle Tradition die zweitgrößte Partei des Hauses vom Präsidium ausschlossen, aber so wunderbare Proben diplomatischer Feinheit und Gewandtheit, wie heute, hätten ihm vielleicht selbst seine Erzfeinde vom Centrum nicht zugetraut. Hasenclever nebst seinen zwei Adjutanten hatte zu § 8 des Militärgesetzes den Antrag gestellt, die Handhabung der militärischen Disciplin durch ein Gesetz zu regeln und Hasselmann war beauftragt, denselben zu begründen. Es scheint leider, daß er unverbesserlich ist und sich in der That einbildet, mit denselben Phrasen einer parlamentarischen Versammlung zu imponiren, mit welchen er seine Anhänger haranguirt. Es war gewiß ein dankbares Thema, welches er hatte, und mit einiger Sorgfalt und Umsicht hätte er es wohl wirkungsvoll behandeln können; so aber beschränkte er sich darauf, eine Anzahl Ausschnitte aus social-demokratischen Blättern zu verlesen, in denen über Brutalitäten militärischer Vorgesetzter berichtet war. Die Thatsachen mochten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

meist oder immer völlig richtig sein, aber die Berichte wimmelten förmlich von „es heißt", „wie verlautet", „man soll"; irgend einen Beweis, der für diese Hörer unwiderleglich war, sich zu verschaffen, hatte Herr Hasselmann nicht für nöthig gehalten. Trotzdem war freilich Vieles von dem, was er sagte, unwiderleglich und die Erörterung des heiklen Themas den „Reichsfreundlichen" überaus peinlich. Sie thaten ihm den Gefallen, von vornherein zu spektakeln und einige Freiconservative verstiegen sich zu der Rohheit, laut zu lachen, als er die authentische Geschichte von dem Danziger Lieutenant erwähnte, der seinen Rekruten die Nasen mit der brennenden Cigarre versengte. Er ergriff geschickt die Gelegenheit und warf ihnen ins Gesicht: Sie wünschten also diese Behandlung des Soldaten? Darob unbeschreiblicher Lärm; Freiherr v. Stauffenberg namentlich tobte wie unsinnig und verlangte schreiend den Ordnungsruf. Fürst Chlodwig auf dem Präsidentenstuhl war ein Bild rührendster Hilflosigkeit. Er stand mit gottergebenem Antlitz da, während im Hause sich alle Bande der Ordnung aufzulösen drohten. Da stürmten die Schriftführer auf ihn ein und endlich fielen langsam und stockend die Worte von seinen Lippen: „Der Redner . . . hat dem Hause . . . Mißachtung der Armee . . . ." Allgemeine Erwartung; tiefes Schweigen. Auch der Präsident schweigt; darob allgemeines Murren, das allmälig wieder zum Sturm anschwillt, aber wie eine Sphinx schaut das gleichmüthige Gesicht des designirten Botschafters für Paris in das tobende Meer zu seinen Füßen. Da wird Hasselmann selbst der Retter des Hülflosen; in einer Pause des Lärms setzt er wieder mit seiner Rede ein und bringt sie glücklich zu Ende, um dann freilich nachträglich zur Ordnung gerufen zu werden. Lasker antwortete; seine scharfe Dialektik wußte leicht die Blößen von Hasselmanns Rede bloßzulegen, und wenn Hr. Hasselmann überhaupt noch der Belehrung zugänglich ist, sollte ihm diese harte Niederlage eine Warnung sein. Sein Antrag wurde gegen die Stimmen aller Social-Demokraten und Ewalds abgelehnt; daß sich diesmal die Eisenacher anschlossen, war durch die Tendenz des Antrags, welche mit der Begründung nichts zu thun hat, durchaus angezeigt. Dies war die interessanteste Episode der sonst ziemlich langweiligen Sitzung. Zu §. 2 gab es noch einen Nachklang der gestrigen Discussion über §. 1, bei welchem aber allein die Ultramontanen die Kosten der Opposition bestritten; über die gestrige Rede Richters kamen sie freilich nicht hinaus. Die Fortschrittspartei schwieg beharrlich den ganzen Tag; die Opposition gegen §. 1 scheint ihren Fond an Widerstandskraft doch gänzlich erschöpft zu haben; dem kaum minder wichtigen §. 2 stimmten sie zu. Es ist übrigens bemerkenswerth, daß außer den zehn formell aus dem Fractionsverbande geschiedenen noch vier Mitglieder der Fortschrittspartei für das Compromiß gestimmt haben, die Abgg. Knapp, Lorentzen, Allnoch und Kisker. Bei den beiden Letztgenannten ist das um so auffallender, als sie den Fractionsantrag auf jährliche Feststellung der Friedenspräsenz unterschrieben hatten. — Am Schlusse der Sitzung brachte Windthorst noch eine Frage auf's Tapet, die augenblicklich viel ventilirt wird. Er sprach den Wunsch aus und kündigte für morgen einen bezüglichen Antrag an, daß das Preßgesetz noch vor der dritten Lesung des Militärgesetzes zum Abschlusse gebracht werden möge. Er deutete damit eine Eventualität an, die viel besprochen und viel — geglaubt wird. Aber selbst wenn sich die Unmöglichkeit des Zustandekommens des Preßgesetzes noch vor der definitiven Genehmigung des Militärgesetzes herausstellen sollte, würden die Compromißler die langjährigen Ueberzeugungen ihres Lebens, nicht auch die Presse der Regierung zum Opfer bringen? Das Letztere wäre nicht einmal so schlimm, als das Erstere. (Frkfr. Ztg.)

Posen, 17. Apr. Von der sofortigen Abführung Woyciechowskis in das Bromberger Gerichtsgefängniß ist auf dessen Bitte mit Zustimmung des Gerichtes Abstand genommen. Die Abführung erfolgt erst Montag.

Glogau, 13. April. Dem „Sprott. Anz." wird geschrieben: „Der hiesige „Niederschlesische Anzeiger" publicirt einen Brief des Dr. Karl Braun, Reichstagsabgeordneten hiesigen Wahlkreises, welcher folgenden großgedruckten Passus enthält: „Wir glauben doch Alle miteinander nicht, daß unser König, der deutsche Kaiser, die Absicht hat, sein Volk ohne Noth zu belasten; und wir wissen auch, daß der Fürst Bismarck von der Politik, und daß der Graf Moltke von dem Krieg doch vielleicht ein Bißchen mehr versteht, als wir andern gewöhnlichen Menschenkinder." Wenn das die Ansicht des liberalen Hrn. Dr. Braun ist, daß Hr. v. Bismarck mehr von Politik, Hr. v. Moltke mehr vom Kriege und die Herren Minister insgesammt ein jeder mehr in seinem Fache verstehen, als wir andern gewöhnlichen Menschenkinder, wozu schicken wir dann noch überhaupt Abgeordnete nach Berlin? Wenn Hr. Dr. Braun so bescheiden ist, warum hat er dann nicht bald erklärt, auf ein Mandat zu Gunsten dieser ihm so bedeutend überlegenen Kräfte zu verzichten; warum ist er dann auf allen Dörfern hiesigen Kreises umherkutschirt, um dort lange Reden zu halten? Zur Gewinnung einer sich so untergeordnet fühlenden Kraft hätte der „Niederschlesische Anzeiger" wahrlich nicht sich so viele Mühe geben dürfen. Absolutistischer kann gar keine Ansicht sein, als die obige des Dr. Braun. In dem Munde eines liberal sein wollenden Abgeordneten aber geradezu — seltsam." Stärker und treffender, meint das Blatt, dürfe es sich nur nicht ausdrücken.

Landsberg a. d. W., 12. April. Am verflossenen Freitage, dem Tage vor seiner Entlassung aus dem hiesigen Gerichtsgefängnisse, hatte Pfarrer Klein abermals Termin. Es kamen drei Anklagen wider ihn zur Verhandlung, die sich auf das Celebriren der täglichen stillen Messen, auf Abhaltung öffentlichen Gottesdienstes und eine Anzahl Taufen bezogen. Die Straffentenz machte ihm klar, daß er sich wiederum 150 Thaler Geldbuße oder vielmehr drei Monate Gefängniß „ermaiet" habe. Die an seinem Loose innigst theilnehmende Gemeinde will ihrem Hirtem die Freiheit erhalten und durch Sammlung die Geldstrafe erlegen, während er selbstverständlich das schwere Opfer der persönlichen Freiheit bringen wird. (Germ.)

Gnesen, 14. April. Hier hat gestern der Herr Weihbischof Cybichowski eine Anzahl der im practischen Theologenseminar befindlichen Diaconen zu Priestern geweiht. — Der Gymnasiallehrer Dr. Kubicki ist an das Gymnasium zu Glatz versetzt worden. — Vor dem hiesigen Kreisgericht stand am Sonnabend der „gesperrte" Vicar Lewicki aus Marzenin der wiederholten „unbefugten" Vornahme von Amtshandlungen angeklagt. Das Gericht verurtheilte ihn zu 80 Thalern Geldbuße eventuell vier Wochen Gefängniß und verfügte dabei zugleich dessen sofortige Abführung ins Gefängniß, die auch in der That nach einigen Stunden erfolgte. (Germ.)

Aus Pommern, 13. April. Wie die „liberalen" regierungsfreundlichen Kundgebungen für das Militärgesetz zu Stande kommen, erhellt aus folgendem aphoristischen Angst- und Nothschrei der „Stett. Ztg.":

„Im Reichstage haben sich alle Feinde des Vaterlandes: Ultramontane und Socialdemokraten, Particularisten und Unzufriedene aller Art vereinigt, um der Reichsregierung Hindernisse in den Weg zu legen und einen Conflict zu provociren. Das Militärgesetz soll hierzu die Handhabe bieten. Während Frankreich mit aller Macht rüstet, will man der deutschen Regierung die Mittel zur Unterhaltung des erforderlichen Militärs entziehen. Unter dem Vorgeben, dem Volke einige Millionen Thaler zu sparen, will man Deutschland in die Gefahr bringen, eine Niederlage zu erleiden, welche uns Tausende von Millionen kosten würde. Heilige Pflicht jedes Vaterlandsfreundes ist es, diesem Unwesen zu steuern. In Stettin liegt zu diesem Zwecke in allen Buchhandlungen eine Adresse auf. Mögen alle Bürger, alle, welche Herrn Theodor Schmidt ihre Stimme gegeben haben, alle, welche ein Herz haben für die Größe unseres deutschen Vaterlandes, die Adresse unterschreiben, möge keiner fehlen, auch nicht einer. Die Sache hat Eile, am 11. d. werden die Adressen bereits abgesandt. R. Graßmann.

Ausland.

Wien, 16. April. Der „Volksfreund" vernimmt, daß Seitens der römischen Curie ein energischer Protest gegen die durch die preußische Regierung verfügte Absetzung des Erzbischofs Ledochowski bevorstehe.

Pesth, 17. April. Der Kaiser von Oesterreich wird am Samstag den 18. April in Buda-Pesth eintreffen. Die gemeinsamen Minister werden am Sonntag den 19. erwartet; am 21. soll in der Königsburg zu Ofen der übliche Empfang der Mitglieder der Delegationen Statt finden. Bei dieser Gelegenheit dürfte der Kaiser, wie der Pesther Lloyd erfährt, in seiner Erwiederung auf die Begrüßungsansprachen der Präsidenten der Delegationen die günstige Gestaltung der Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den auswärtigen Mächten besonders betonen.

Madrid, 16. April. Admiral Topete reist heute Abend nach Santander zurück. Das Einvernehmen im Ministerium ist vollständig wiederhergestellt.

London, 16. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses gab der Schatzkanzler ein Exposé über das Budget pro 1874/75. Nach dem Exposé würde sich in diesem Rechnungsjahre ein Ueberschuß von muthmaßlich Lst. 5,492,000 ergeben; der Schatzkanzler schlug daher die Abschaffung der Zuckerzölle und der Pferdesteuer, sowie die Ermäßigung der Einkommensteuer um einen Penny vor, wogegen er die Wiederherstellung der Steuer auf gezuckerte Pflaumen beantragte. Das Haus stimmte diesen Vorschlägen bei.

Constantinopel, 15. April. Der armenisch-katholische Patriarch Kupelian erhielt die erbetenen Vezirallerlasse für 6 Prälaten, welche in die Provinzen geschickt werden, um die Autorität des Patriarchen dort zur Anerkennung zu bringen. Der Vicar des Expatriarchen Hassun, Monsignor Azarian, hat eine Reise nach Rom angetreten.

New-York, 16. April. Der republicanische Gouverneur von Arkansas hat den Belagerungszustand verkündigt und das Regierungsgebäude cernirt. Grant weigert sich, einzuschreiten. — Aus Ottawa wird gemeldet, daß das canadische Parlament Riel (wailand Führer des Red River-Aufstandes) ausgestoßen hat.

Lokales.

Karlsruhe, 16. April. Das zur Nachfeier des Geburtsfestes Sr. Maj. des Kaisers veranstaltete und vor kurzem in diesem Blatte angekündete Caroussel der Officiere der hiesigen Garnison kam gestern Abend in der reich und characteristisch geschmückten Reitbahn des Pferdezuchtvereins zur erstmaligen glänzenden Vorführung. Die aufopfernden Bemühungen der Herren und Damen der ersten Kreise unserer Stadt, welche zu Gunsten der unter der Protektion Ihrer Königl. Hoheit der Frau Großherzogin stehenden Wohlthätigkeitsanstalten und zur Pflege der mit der Schönheit und Anmuth vereinten Kraft und Gewandtheit Wochen lang ein prächtiges Fest vorbereitet hatten, fanden gestern ihren Lohn im schönsten Gelingen des Werkes und im zahlreichen Zuspruch eines mehrfach zu stürmischen Beifallsbezeugungen hingerissenen Publikums. Die Anwesenheit des Großherzogl. Hauses und seiner fürstlichen Gäste verherrlichten die edeln Ritterspiele und bot die Gelegenheit zu sinnigen Huldigungen der Mitwirkenden. Wir wissen nicht, was wir mehr hervorheben sollen, das überaus künstlerische und mit feinstem Geschmack vollführte Arrangement des Abends in allen Nummern, die Pracht und Sinnigkeit der Dekorationen und Costüme oder die durchweg herrschende Eleganz der Haltung und die größte Accuratesse der ausführenden Personen. Wenn der pompöse Ein- und Umzug zu Beginn und zu Schluß des Festes durch seine Farbenpracht, die große Anzahl der Figuren und ihre charactervolle Mannichfaltigkeit am imposantesten wirken mußte, so wurden die daran sich reihenden Festspiele der verschiedenen Kategorien der Krieger und des Hofs, in denen auch die Damen in der ritterlichen Kunst mit ihren Cavalieren wetteiferten, alle des gleichen Beifalls theilhaftig, während der jeu de rose der Pagen, wohl die schwierigste und doch so anmuthvolle Leistung der Reitkunst, mit den Glanzpunkt des Abends darstellte. (Krlsr. Ztg.)

Freiburg, 16. April. Für die am 10. Mai in hiesiger Stadt beginnende Gartenbau-Ausstellung wird schon seit einiger Zeit rüstig gearbeitet. Der seither militärischen Zwecken dienende Karlsplatz wird in nächster Zeit in einen blühenden Garten verwandelt sein, dessen Beete und Rabatten der Gartenbauverein mit Blumen, Stauden und Saaten des In- und Auslandes schmücken wird. (Frb. Ztg.)

— Am 9. wurde in **St. Blasien** ein Mädchen, welches im Verdacht stand, heimlich geboren zu haben, verhaftet. Dieses Mädchen hat nun auch bei Gericht eingestanden, daß sie ein Kind geboren und die Leiche desselben in einem Kleiderkasten aufbewahrt habe. Bei der gerichtlichen Leichenschau hat es sich ergeben, daß das fragliche Kind lebensfähig und einige Zeit gelebt hat, und nach den vorhandenen Spuren durch gewaltsame Erstickung gestorben ist. (Const. Ztg.)

Kehl, 14. April. Mit der Einrichtung unserer beiden Forts für die Bewohnung ist bereits begonnen und werden dieselben in der nächsten Zeit von der zu erwartenden Garnison wieder bevölkert sein. — Eine Versammlung von Interessenten der projektirten Rheinthal-Bahn unter Zuzug von maßgebenden Fachmännern war vorgestern hier versammelt, um die zur Anlage der Linie Rastatt-Kehl erforderlichen Schritte einzuleiten. (Kinzth.)

Briefkasten.

An den Freiburger Boten. Wir wissen es längst, daß die gewählte Sprache gegen die Gegner Ihren und Anderer Beifall **nicht** hat; wir würden bedauern, wenn wir etwa einem Priester gegenüber sagen müßten, daß wir stolz darauf sind, Ihre spitze Bemerkung registriren zu können. Wird Einem aber von „Freunden" mit einem Knüppel, gewöhnlich Preßbengel genannt, Stillschweigen zugeherrscht, so wird es erlaubt sein, sich dagegen noch seiner Haut kräftiglich wehren zu dürfen. Wer das nicht thut und obendrein noch Knixe macht, ist und bleibt ein **Preßknecht**, in welchem politischen Lager er auch stationirt sei. Dies unser allerletztes Wort! —

Nach **Böhrenbach**. Die Monstranze ist durch Loos Nummer 784 gewonnen worden, wie in Nr. 62 unseres Blattes zu ersehen ist.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

Wer eine Annonce hier oder auswärts veröffentlichen und Zeit resp. Geld sparen will, der beauftrage damit die Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler** in Frankfurt a. M., deren ausschließliches Geschäft es ist, Anzeigen in alle Zeitungen der Welt billigst zu vermitteln.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

‚Revalescière Du Barry von London.'

Allen Leidenden Gesundheit durch die vorzügliche Revalescière du Barry, welche sich ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten bei nachfolgenden Krankheiten bewährt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Ohrenbrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 80,000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden:

Certificat Nr. 73,670. Wien, 13. April 1872.

Es sind nunmehr 7 Monate, daß ich mich in trostlosem Zustande befand. Ich litt an Brustübel und Nervenleiden, so daß ich von Tag zu Tag zusehends schwand und demzufolge längere Zeit im Studiren gestört wurde. Ich hörte von Ihrer wundervollen Revalescière, machte davon Gebrauch und kann Sie versichern, daß ich durch den einmonatlichen Genuß Ihrer nahrhaften und delicaten Revalescière mich vollkommen gesund und gestärkt fühle, so daß ich, ohne im geringsten zu zittern, die Feder führen kann. Ich sehe mich veranlaßt, allen Leidenden dieses verhältnißmäßig sehr billige und schmackhafte Nahrungsmittel als beste Arznei anzuempfehlen und verbleibe Ihr ergebener Gabriel Teschner,
Hörer der öffentl. höheren Handelslehranstalt.

Certificat Nr. 73,968. Mitrowitz, 30. April 1871.

Dank dem vortrefflichen Farina ist meine Schwester, die an nervöser Kopfkrankheit und Schlaflosigkeit gelitten hat, nach Verbrauch von 3 Pfund am Wege der Besserung. Zugleich erlaube ich mir, Sie höflichst zu bitten, mir gegen Postnachnahme 1 Pfund Revalescière gewöhnlicher Sorte nebst Gebrauchsanweisung des Farina bei Kindern von 8 Wochen zukommen zu lassen. Mit aller Achtung
Nicolaus G. Kostits.

Certificat Nr. 73,704. Prilep, Post Holleschau in Mähren, 7. April 1871.

Indem mir schon die von Ihnen längst bezogene Revalescière du Barry ausging und für meine Magenschwäche und Unverdaulichkeit ein gutes und wirksames Mittel ist, so ersuche ich Sie höflichst, mir noch von der echten Revalescière zwei Pfund gegen Nachnahme so bald als möglich zu übersenden. Achtungsvoll ergebenst Joseph Rohaczek, Förster.

Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in andern Mitteln und Speisen.

In Blechbüchsen von ½ Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfd. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière Biscuiten: Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Revalescière Chocolatée in Pulver für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr., 288 Tassen 9 Thlr. 15 Sgr., 576 Tassen 18 Thlr.; in Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr.

Zu beziehen durch Barry du Barry u. Comp. in Berlin, 178 Friedrichsstraße, und in allen Städten bei vielen guten Apothekern, Droguen, Specerei- und Delicatessenhändlern. In **Carlsruhe** bei **Th. Brugier**, Großherzoglichem Hoflieferanten **Louis Dörle**, u. **Paul Mayer**, **R. Schnupp**, Rastatt: A. Fischer, früher A. Sallinger-Heydt, Offenburg: Franz Dimmler, Constanz: Fr. Schildknecht, Worms: J. H. Meyer, Ludwigshafen: Wilh. Kuelius, Dürkheim: Jean Hammel, Schopfheim: Johann Reinacher, Billingen: Lucas Eisele, Durlach: Ludwig Reißner, Tauberbischofsheim: Leop. Frank, Ueberlingen: F. F. Blattau, Kehl: Karl Schick, Freiburg i. Br.: Wilhelm Rost, vormals E. Sickenberger, Droguist am Schwabenthor, Ch. Th. Hechinger, Salzstraß. Nr. 7, Pforzheim: Wilhelm Salzer, Zweibrücken: Ww. August Seel, Baden-Baden: Geschwister Wolff, Mannheim: Louis Goos, Lit. S. 2. Nr. 20, Heiligenberg: C. Leibinger, Heidelberg: Franz Popp, Speyer: J. C. Eberhardt und nach allen Gegenden gegen Postanweisung.

BADEN-BADEN.

Heilanstalten, Thermalbäder, Molkenanstalt, russische Dampfbäder, Trinkhalle. — Conversationshaus mit Lesecabinet, Restaurationssäle, Café und Billard während des ganzen Jahres geöffnet. — Grosse Concerte, Symphonie- und Quartett-Soiréen, Extra-Concerte hervorragender Künstler. — Bals parés, Réunions. — Ausgezeichnetes Kurorchester mit Instrumental-Solisten, täglich 3 Mal. — Militär-Concerte. — Opern- und Schauspiel-Vorstellungen. — Ballet. — Feuerwerk, Illumination. — Jagden und Fischerei. — Taubenschiessen. — Wettrennen. 12.1.

Niederlage
von Unterkleidern aus Gesundheitskrepp
bei
Leopold Sigwarth,
3.1. Kaiserstraße Nr. 114 in **Freiburg i/B.**

Karlsruhe und Kappelwindeck. 2.1.

Bauarbeiten-Vergebung.

Nachstehende Arbeiten zur innern Restauration der Pfarrkirche zu Kappelwindeck, Bezirksamts Bühl, sollen zur Ausführung einzeln oder im Ganzen in Accord vergeben werden, und zwar:

	im Anschlag zu
Tüncherarbeit . . .	856 fl. 47 kr.
Vergolderarbeit . . .	1054 fl. 50 kr.
Summa	1911 fl. 37 kr.

Zur Uebernahme lusttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Procenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens den 27. April d. J., Nachmittags 4 Uhr, bei der kathol. Stiftungs-Commission Kappelwindeck portofrei einzureichen.

Die Kostenberechnung und Bedingungen sind ebendaselbst zur Einsicht aufgelegt.

Zur Eröffnung der Angebote ist den Bietern der Zutritt gestattet.

Karlsruhe und Kappelwindeck, den 16. April 1874.

Erzbischöfl. Bauamt. — Katholische Stiftungscommission.

Im Verlage von Franz Ackermann in Weinheim ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neuester
Münzumrechner

Genaue Umrechnung der bisherigen süddeutschen Gulden, Thaler, Markkourant, Thaler-Gold, österreichische Gulden und Franken von 1 Pfennig bis 100,000 Thaler
in die neue deutsche Reichsmünze
und umgekehrt
von der neuen Reichsmünze
in die bisherigen.
Nebst dem Münzgesetz v. 4. Dez. 1871 und 9. Juli 1873.
4. Aufl. Taschenformat geh. 12 kr.

Derselbe in
Plakatform
gr. Imp. Format. Preis 12 kr.

Bei der Einführung der neuen Reichsmünze ist dieser Münzumrechner für Jedermann unentbehrlich und kann derselbe wegen seiner praktischen Einrichtung nicht genug empfohlen werden.

Auf directe Bestellung und Einsendung in Postmarken, wird der Münzumrechner franko gesandt.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Karlsruhe und Ottersweier. 2.2

Bauarbeiten-Vergebung.

Nachstehende Arbeiten für verschiedene Herstellungen an der Maria-Linden-Kapelle zu Ottersweier, Bezirksamts Bühl, sollen zur Ausführung in Accord vergeben werden, und zwar:

	im Anschlag zu:
Maurerarbeit. . . .	1071 fl. 56 kr.
Zimmerarbeit . . .	9 fl. 30 kr.
Schreinerarbeit . . .	326 fl. 12 kr.
Tüncher- und Vergolderarbeit	639 fl. 26 kr.
Zus.	2047 fl. 4 kr.

Zur Uebernahme lusttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Procenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen, schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen, bis spätestens den 23. April d. J., Nachmittags 3 Uhr, bei der katholischen Stiftungscommission Ottersweier portofrei einzureichen.

Die Kostenberechnung und Bedingungen sind ebendaselbst zur Einsicht aufgelegt.

Zur Eröffnung der Angebote ist den Bietern der Zutritt gestattet.

Karlsruhe und Ottersweier, den 10. April 1874.

Erzbischöfliches Bauamt. — Katholische Stiftungscommission.

Es werden zum Waschen, zum Stricken und zum Ausbessern Gegenstände angenommen Durlacherthorstraße Nr. 77 im dritten Stock.

Gesellige Zusammenkunft
Mittwoch, 22. April,
Bahnhof-Restauration **Wiesloch.**

Karlsruhe und Helmsheim. 2.1.

Bauarbeiten-Vergebung.

Nachstehende Arbeiten zur Herstellung der baufälligen Kamine im Pfarrhaus zu Helmsheim, Bezirksamts Bruchsal, sollen zur Ausführung in Accord vergeben werden, und zwar

	im Anschlag zu:
Maurerarbeit	198 fl. 35 kr.
Zimmerarbeit	56 fl. 37 kr.
Schreinerarbeit . . .	68 fl. 48 kr.
Schlosserarbeit . . .	30 fl. — kr.
Blechnerarbeit . . .	20 fl. 53 kr.
Tüncherarbeit . . .	65 fl. 53 kr.
Tapezierarbeit . . .	31 fl. 12 kr.
Zus.	471 fl. 58 kr.

Zur Uebernahme lusttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Procenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen, schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens den 27. April d. J., Nachmittags 3 Uhr, bei kathol. Stiftungs-Commission Helmsheim portofrei einzureichen.

Pläne, Kostenberechnung und Bedingungen sind ebendaselbst zur Einsicht aufgelegt.

Zur Eröffnung der Angebote ist den Bietern der Zutritt gestattet.

Karlsruhe und Helmsheim, den 17. April 1874.

Erzbischöfl. Bauamt. — Katholische Stiftungscommission.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Sonntag 19. April. Zweites Quartal. 54. Abonnementsvorstellung. **Fra Diavolo.** Komische Oper in 3 Akten von Auber. Anfang halb 7 Uhr.

Todesfälle.

15. April. Elisabeth, Wittwe des Partikuliers Scherer. 79 J.
16. „ Marie, Vater Bierbrauer Decker. 8 M. 24 J.
16. „ Lina Reinbold, Näherin, ledig. 24 J.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 17. April.

Staatspapiere.	pr. comptant.	
Preußen 4½% Consol. Oblig	—	P
4½% do.	—	G
4% do.	—	G
Sachsen 5% Obligationen	104¼	b
4½% do.	100⅞	b
4% do.	96⅞	G
3½% do. v. 1848	91½	G
Bayern 4½% Obl. 1856 8s. ½jähr.	101½	b
4½% „ (Zins 1jähr.)	—	b
4% „ „ 1jähr.	98	P
Württemberg 5% Obligationen	105⅛	G
4½% „	101¼	b
4% „	97⅝	P
Nassau 4½% Obligationen	98¾	P
3½% do.	92¼	G
Sachsen 5% do.	105⅜	G
Gotha 5% do.	—	P
Gr. Hessen 5% do.	9[illegible]¾	G
4% do.	97	G
Oesterr. 5% Silberrente H. 4½%	66⅜	G
4% Papierrente H. 4½%	62¼	G
do. do.	62⅜	b
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	70¼	b
Rußland 5% Oblig. v. 1871	96¾	G
Rußland 5% Obligationen v. 1872	96¾	G
Belgien 4½% Obligationen	102¾	G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	98⅛	G
Schweiz 4½% Berner Obligationen	96⅞	P
4% „ „	—	G
N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	99	G
6% „ 1885r v. 1865	100⅞	b
5% „ 1904r 10/40 1864	98⅜	b
Spanien 3% neue Schuld von 1869	18	G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	95½	G
do. leere.	—	P
Actien und Prioritäten.		
Badische Bank, 200 Thaler	111⅝	G
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147¾	G
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	365	G
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	100[illegible]	G
5% do. Creditactien, fl. 160	213½	G
Stuttgarter Bank	—	P
5% Elisabethbahn, fl. 200	206½	G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	163	G
4% Ludwigshafen-Bexbacher-E. fl. 500	177¼	G
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 208	110¾	b
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	131½	G
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	325	b
5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	87	P
3% do. do.	49⅝	b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	84½	P
5% do. do. 2. Emiss.	84⅜	G
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	—	G
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	61⅜	G
5% Hessische Ludwigsbahn	105⅞	b
5% Pfälzische Ludwigsb. (Bexbach.)	104	P
6% Central Pacific, rückz. 1898	78⅝	b
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	62½	G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	46¼	b
Anlehens-Loose.		
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	—	G
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	—	G
Badische 35-fl.-Loose	69½	G
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22⅜	G
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	—	b
„ 25-fl.-Loose	55	G
Kurhessische 40-Thaler-Loose	72	G
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	—	P
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	92	b
„ 5% 500 do. do. 1860	95½	b
„ 100-fl.-Loose do. 1864	158	b
Schwedische 10-Thaler-Loose	6	G

Finnländer 10-Thlr.-Loose	10¼	G
Meininger 7-fl.-Loose	7¾	G
Wechsel-Cours.		
Amsterdam k. S.	99⅝	b
Augsburg „	100	P
Berlin „	104⅞	G
Bremen „	105½	P
Brüssel „	94⅛	b
Hamburg „	105⅝	P
Leipzig „	105	P
London „	118⅛	b
Mailand „	—	b
Paris „	94⅛	G
Wien „	105	G
Gold und Silber.		
Pr. Friedrichsd'or	fl. —	—
Pistolen	„ 9. 34	—36
Holländ. 10-fl.-St.	„ 9. 45	—47
Ducaten	„ 5. 50	52
20-Frankenstücke	„ 9. 25	—26
Engl. Sovereigns	„ 11. 50	—52
Russ. Imperiales	„ 9. 40	—42
Dollars in Gold	„ 2. 25	—26

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: L. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 20.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg